

1. Gemeinsam für NRW - gemeinsam zum Erfolg

Die NRWSPD und ihre Mandatsträger auf allen Ebenen stehen neuen Herausforderungen gegenüber. Als Partner in der Großen Koalition in Berlin und als Opposition im Landtag stehen wir vor einer veränderten Ausgangssituation. Damit haben sich auch die Rahmenbedingungen für die Arbeit der Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker und der Abgeordneten im Europäischen Parlament entscheidend gewandelt.

Wir nehmen diese neuen Herausforderungen an. Unsere Politik verknüpft soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Kompetenz. Wir kämpfen für bessere Ausgangsbedingungen für Kinder und Familien. Denn wir wissen, dass unser Land nur dann neue Chancen für die Zukunft gewinnen kann, wenn wir in gleicher Weise in Bildung und Ausbildung der Menschen wie in leistungsfähige Strukturen investieren. Daran arbeiten wir in Städten und Gemeinden, im Land, im Bund und in Europa.

Wir wollen den gemeinsamen Erfolg für Nordrhein-Westfalen.

2. Neue Chancen mit Innovationen, Wachstum und Beschäftigung

Wir brauchen mehr Wachstum und Beschäftigung. Voraussetzung dafür sind mehr technologischer Fortschritt und Innovationen, bessere Bildung und eine Wirtschafts- und Finanzpolitik für mehr Wachstum. Mit dem 25-Milliarden-Investitionsprogramm des Bundes wird das Wachstum quantitativ und qualitativ in Schwung gebracht.

Die Landesregierung hat es bisher versäumt, dieses Programm in NRW umzusetzen, geschweige denn, zu verstärken oder eigene kraftvolle Initiativen umzusetzen. Darauf werden wir mit aller Kraft dringen.

Investitionen lohnen sich besonders, wenn sie gezielt für Innovationen eingesetzt werden. Sie entfalten Wachstumswirkung, schaffen zukunftssichere Arbeitsplätze und tragen so letztlich zu ihrer eigenen Refinanzierung bei. Deshalb müssen wir gezielt in Forschung und Entwicklung investieren, innovative Unternehmen (und deren Gründung) unterstützen sowie den Austausch zwischen Wissenschaft und Wirtschaft fördern. In Zeiten knappster öffentlicher Mittel bedarf es dabei regionaler und fachlicher Schwerpunktsetzungen bei der Entscheidung über den Mitteleinsatz.

Wir halten fest an dem Ziel, bis 2010 drei Prozent des BIP in Forschung und Entwicklung zu investieren. Das bedeutet, dass Bund und Länder jeweils 6 Milliarden zusätzlich für besonders zukunftssträchtige Forschungs- und Entwicklungsvorhaben zur Verfügung stellen müssen. Aber, vor allem gilt: die Wirtschaft muss ihren 2/3-Anteil erbringen. Das Land NRW muss eine umfassende Offensive zum Wissens- und Technologietransfer einleiten mit dem Ziel einer effizienten und zielgerichteten Verknüpfung von Wissenschaft und Wirtschaft. Die Landesregierung lässt bisher konkrete Initiativen in diese Richtung vermissen.

Projektbeispiele

Herausragende Zukunftsprojekte, die den Standort NRW nachhaltig stärken würden sind in diesem Zusammenhang das CO₂-freie Kohlekraftwerk und die Entwicklung von Speicherkapazität für regenerative Energie. Dies gilt auch für die Nutzung von Wasserstoff im Zusammenhang mit der Brennstoffzelle und die nachwachsenden Rohstoff- und Energiequellen.

Effizienztechnologie „made in NRW“ muss zu einem Exportschlager der Zukunft werden und darf nicht an der ideologisch begründeten mangelnden Förderbereitschaft von CDU und FDP scheitern.

Schwerpunkte unserer Arbeitsmarktpolitik

Bei der Arbeitsmarktpolitik liegen unsere Schwerpunkte bei den unter 25-jährigen und bei den Älteren. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer jenseits des 50. Lebensjahres haben besondere Schwierigkeiten, nach dem Verlust des Arbeitsplatzes erneut Beschäftigung zu finden. Hier sind Politik und Wirtschaft gefordert, Beschäftigungsbrücken zu bauen. Neben finanzieller Förderung bei der Beschäftigung von Älteren müssen auch bedarfsgerechte Weiterbildungsangebote verstärkt werden. Wir wollen die Menschen mit wenig Aussicht auf einen regulären Arbeitsplatz stärker integrieren. Weiterbildung und Qualifizierung im Sinne lebensbegleitenden Lernens sind für uns zentrale Bausteine der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik.

- Zukünftig wird die abschlagsfreie Rente erst mit 67 Jahren garantiert. Heute haben aber viele Beschäftigte noch nicht einmal die Chance bis zum 60. Lebensjahr zu arbeiten. Gerade deshalb brauchen wir jetzt gemeinsame Anstrengungen von Wirtschaft und Arbeitsmarktpolitik, um die Lücke zwischen faktischem und gesetzlichen Renteneintrittsalter zu schließen. Wir sind dabei der Auffassung, dass es beim Renteneintrittsalter zu einer größeren Flexibilität unter Berücksichtigung der Belastungen im Berufsleben und der Dauer der Beitragsleistungen kommen muss.
- Der absehbare Aufschwung wird die Arbeitslosigkeit wahrscheinlich senken. Dennoch bleibt ein Sockel von Langzeitarbeitslosigkeit unabhängig von Konjunkturverläufen. Zumindest für den hiervon betroffenen Personenkreis brauchen wir einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor. Nur so werden wir dem Recht auf Arbeit Geltung verschaffen können.
- Wir stehen für menschenwürdige Arbeit. Löhne und Arbeitsbedingungen müssen angemessenen Mindeststandards entsprechen. Den freien Fall nach unten werden wir verhindern. Wir wollen, dass auch künftig ein Vollzeit Arbeitsplatz ein auskömmliches Einkommen garantiert. Deshalb treten wir für den Mindestlohn ein und wollen damit auch dem Beispiel vieler EU-Staaten folgen.
- Die EU-Dienstleistungsrichtlinie darf nicht zum Einfallstor für niedrige Schutzstandards beim Handel mit Dienstleistungen werden. Die Vielzahl verschiedener Instrumente unserer Arbeitsmarktpolitik wie z.B. Hinzuverdienstmöglichkeiten für ALG II-Bezieher und Kinderzuschläge oder Mini-Jobs wollen wir bündeln und zu einem erfolgreichen Förderansatz zusammenfassen.

3. Chancen für Kinder - Chancen für die Zukunft

In Deutschland und auch in Nordrhein-Westfalen werden zu wenig Kinder geboren. Das stellt unsere Gesellschaft vor vielfältige Probleme, heute bei der Finanzierung unserer sozialen Sicherungssysteme und morgen bei der Deckung des Bedarfs an Arbeitskräften für unsere Wirtschaft.

Nordrhein-Westfalen muss Kindern Chancen geben. Wir müssen ein gesellschaftliches Klima und verlässliche Rahmenbedingungen schaffen, die dazu einladen, Kinder zu bekommen. Zentrales Anliegen dabei ist die Vereinbarung von Familie und Beruf. Familien brauchen eine verlässliche Betreuungskette.

Bundestag und Bundesregierung gehen den richtigen Weg mit der Fortsetzung des 4 Milliarden Ausbauprogramms für Ganztagsangebote, mit der Unterstützung des Ausbaus der Betreuung für Unter-Dreijährige, der steuerlichen Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten und der Einführung des Elterngeldes.

Unsere Eckpunkte zu Bildung und Betreuung

- Beginnend mit einer 20%-Quote für die Betreuung unter Dreijähriger wollen wir eine verlässliche Bildungs- und Betreuungskette in Ganztagsform für alle Kinder und Jugendliche, die über den Kindergarten und die Grundschule bis in Sekundarstufe I als Angebot für alle Schülerinnen und Schüler reicht.

Wir wollen das letzte Kindergartenjahr verpflichtend für alle Kinder machen. Deshalb muss es beitragsfrei sein.

Wir werden dies bei den anstehenden Beratungen zum Landeshaushalt beantragen und die erforderliche Deckung aus dem Landeshaushalt erbringen. Die Beitragsfreiheit muss landesweit und verbindlich eingeführt werden. Die Belastung muss vom Land getragen werden, viele Kommunen im Land könnten diese zusätzliche Last nicht tragen. Es ist zynisch und verantwortungslos, wenn die Landesregierung stattdessen auf einen Wettlauf unter den Kommunen setzt und dies auch noch als Etikettenschwindel „familienfreundlich“ verkauft.

- In einem verbindlichen letzten Kindergartenjahr bietet sich die Chance zu intensiver Sprachförderung. Unser Ziel ist, dass vor dem Wechsel in die Grundschule alle Kinder Deutsch sprechen und verstehen können. In gemeinsamer Verantwortung mit den Eltern treten wir für eine verpflichtende Sprachförderung ein. Sprachdefizit dürfen nicht zu Bildungs- und Integrationsbarrieren werden.
- Wir haben mit der Offenen Ganztagsgrundschule ein bundesweit anerkanntes Erfolgsmodell schulischer Bildung, Erziehung und Betreuung geschaffen. Das Öffnen von Schule auch für Sport-, Kultur- und Freizeitangebote durch Vereine und Verbände hat den Schulalltag unserer Kinder bereichert und Schule und Jugendhilfe auf gleicher Augenhöhe zusammenführt. Dieser Fortschritt ist bedroht, weil die schwarz-gelbe Landesregierung Jugendhilfe und Vereine aus der Offenen Ganztagsgrundschule hinausdrängen will.

In Zeiten knapper öffentlicher Mittel konzentrieren wir die Kräfte auf die Bereiche Bildung, Wissenschaft und Forschung. In diesem Bereich muss auch der Schwerpunkt öffentlicher Investitionen liegen. Wir organisieren gemeinsam mit anderen gesellschaftlichen Kräften den Widerstand gegen die rückwärtsgewandte, unsoziale Schulpolitik der Landesregierung. Wir setzen dagegen unsere Forderung, dass alle Kinder in unserem Land gleiche Chancen unabhängig vom Geldbeutel der Eltern haben müssen. Die Durchlässigkeit des Schulsystems muss größer werden, statt sie zu beschneiden, wie das CDU und FDP mit ihrem neuen Schulgesetz tun. Wir brauchen noch mehr und nicht weniger Kinder, die zum Abitur kommen und studieren, wir brauchen mehr und bessere Bildungsabschlüsse.

- Wir werden in den kommenden zwei Jahren ein Konzept "Die Beste Schule für NRW" erarbeiten, mit dem wir uns dem Wettbewerb und der Auseinandersetzung mit den anderen politischen Kräften in unserem Land stellen. Eckpunkte hierzu stellen wir auf unserem Zukunftskonvent im November 2006 vor. Anschließend fassen wir den Beschluss zur künftigen Schul- und Bildungspolitik nach breiter öffentlicher Diskussion auf einem Landesparteitag Ende 2007.

4. Investitionen in den Standort sind Investitionen in die Zukunft

Nordrhein-Westfalen braucht aber auch Investitionen in den Standort, um neue Chancen für die Zukunft gewinnen zu können. Unsere Wirtschaft braucht verlässliche und gute Rahmenbedingungen, um alle Kräfte auf Wachstum und mehr Beschäftigung konzentrieren zu können. Europa, Bund, Land und Kommunen sind gemeinsam in der Pflicht, diese Anstrengungen für den Standort NRW zu unternehmen.

Verkehrsprojekte

Die Verkehrsinfrastrukturpolitik, die die Lebensqualität und den Wohlstand der Menschen in Nordrhein-Westfalen wie auch die für die Wirtschaft notwendige Mobilität sichern soll, muss weiter verbessert werden. Wir engagieren uns für eine Verlagerung von Verkehren auf die umweltfreundlichen Verkehrsträger Schiene und Wasserstrasse. Wir wollen auch künftig einen leistungsfähigen, sicheren und qualitätvollen öffentlichen Personennahverkehr – auch im ländlichen Raum.

Der Bund erhöht die Mittel für die Verkehrsinfrastruktur, die in unser Land fließen. Damit kann beispielsweise der 6streifige Ausbau der A 1, A 2, A 3 und A 4 bis zum Jahr 2010 abgeschlossen werden.

Wir wollen den Ausbau der wichtigen transeuropäischen Schienenverbindungen zu den Nordseehäfen der Niederlande (Betuwe-Linie) sowie Belgiens (Eiserner Rhein) mit hoher Priorität versehen. Sie stärken den Standort Nordrhein-Westfalen. Die Landesregierung muss sich ebenfalls klar zu diesem Ziel bekennen.

Wir unterstützen die Weiterentwicklung des Luftverkehrs an allen Standorten in NRW. Der wachsende Flugverkehr schafft neue Arbeitsplätze. Er belastet aber auch die Umwelt und muss durch technische Innovationen energiesparender und geräuschärmer werden.

Eckpunkte unserer Energiepolitik

Die SPD bleibt verlässlich: Wir treten weiterhin für eine langfristig sichere Energieversorgung ein, die Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit, Umweltverträglichkeit und Preiswürdigkeit für Wirtschaft und Verbraucher sicherstellt. Ein Ausstieg aus dem Atomausstieg ist mit uns nicht zu machen.

Wir wollen unsere Energieversorgung so weit es geht auf heimische Energieträger stützen. Unsere heimischen Energieträger sind die erneuerbaren Energien sowie die Braun- und Steinkohle. Im Gegensatz dazu müssen sowohl Öl und Gas wie auch Uran nahezu vollständig importiert werden. Die Versorgungs- und Preisrisiken aller Importenergien werden dabei absehbar in den kommenden Jahrzehnten weiter wachsen.

Auf der Basis unserer jahrzehntelangen Erfahrung mit Energietechnik und Energieforschung haben wir die effizientesten Technologien bei den fossilen und ebenso bei den erneuerbaren Energien in Nordrhein-Westfalen entwickelt. So nutzen wir fossile Ressourcen länger und Klima schonender, steigt die Wirtschaftlichkeit der erneuerbaren Energien und lassen sie am Markt schneller erfolgreich sein. Dass die EU aktuell das Ruhrgebiet als eine von 4 EU-Modellregionen für Brennstoffzellentechnologie fördert ist eine deutliche Anerkennung für die von der SPD vorangetriebene Energieforschung.

Die SPD-geführte Bundesregierung hat 2005 Rahmenbedingungen für mehr Wettbewerb auf dem Strom- und Gasmarkt gesetzt. Im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher muss dieser Kurs fortgesetzt und Kostentransparenz weiter gestärkt werden. Ein Höchstmaß an Versorgungssicherheit kann nicht mit Preisdumping verknüpft werden. Der Emissionshandel / NAP II soll zur Modernisierung unserer Energieversorgung beitragen und kann so Klimaschutz und Technologieförderung verbinden. Der Kraftwerksbestand ist so zu berücksichtigen, dass Investitionen in hoch effiziente Braun- und Steinkohlekraftwerke nicht schlechter gestellt werden als andere Alternativen. Wichtig sind umwelt- und industriepolitisch zielführende Regelungen für den Übergang auf Neuanlagen mit Technologie made in NRW. Wie auch andere EU-Staaten müssen wir die Wettbewerbsfähigkeit vor allem der energieintensiven Industrie gewährleisten. Im Ergebnis wird Deutschland zu den Gewinnern des Emissionshandels gehören.

Die mit der Energiewirtschaft getroffene Vereinbarung zum planmäßigen Atomausstieg fördert sowohl die Effizienzentwicklung bei den fossilen wie auch bei den erneuerbaren Energien. Wer jetzt den Atomausstieg in Frage stellt, gefährdet notwendige Investitionsentscheidungen in modernste Kraftwerke, ein fairer Wettbewerb und eine bessere Verbraucherorientierung. Dies träfe Nordrhein-Westfalen.

5. Gemeinsam für die Mehrheiten 09/10 arbeiten.

Nur über konsequente inhaltliche Weiterentwicklung und diszipliniertes Arbeiten können wir neues Vertrauen als Grundlage für künftige Erfolge zurückgewinnen. In enger Abstimmung aller politischen Ebenen miteinander werden wir die Grundlagen schaffen, um wieder erfolgreich zu sein.

Deshalb tragen wir gemeinsam unser Arbeitsprogramm Mehrheit 2009/2010. Weil wir auch in Nordrhein-Westfalen wieder regieren wollen, werden wir all unsere Kräfte auf die Wahlauseinandersetzungen in 2009 und 2010 konzentrieren.